



Aydan Özoğuz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 71801

Fax 030 227 76567

E-Mail: aydan.oezoguz@bundestag.de

Berlin, 29. September 2010

Integration gelingt über Bildung – Kate Amayo muss bleiben

Anlässlich des Aufenthaltsstatus der Ghanaerin Kate Amayo erklärt Aydan Özoğuz, Hamburger Bundestagsabgeordnete und Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion:

In der aktuellen Integrationsdebatte fordert die Union von Migranten verstärkte Anstrengungen, insbesondere im Bereich der Bildung. Bundeskanzlerin Merkel: „Da hilft nur Bildung, Bildung, Bildung.“ Und auch im Integrationsprogramm der Bundesregierung heißt es im Juli 2010: „Integration führt zuerst über Sprache, Bildung und Ausbildung.“

Dass dies leider nicht für alle Migrantinnen und Migranten gilt, zeigt das aktuelle Beispiel der Ghanaerin Kate Amayo. Sie reiste ohne das erforderliche Visum zu ihrer legal in Deutschland lebenden Mutter. Seitdem hat sie alles in ihrer Kraft stehende unternommen, um sich in unserem Land zu integrieren – mit erstaunlichem und großartigem Erfolg. Jetzt droht ihr trotz hervorragendem Abitur und sehr guter gesellschaftlicher Integration die Abschiebung. Das ist integrations- und gesellschaftspolitisch ein verheerendes Signal!

Immerhin ist aus dem Umfeld der Härtefall-Kommission der Hamburgischen Bürgerschaft zu hören, dass die Chancen für Kate Amayo, weiterhin in Deutschland bleiben zu können, sehr gut stehen.

Hervorragende Schulleistungen bei ungesichertem Aufenthaltsstatus – unter diesem Schicksal leiden viel mehr junge Menschen in unserem Land als Kate Amayo, leider fernab der medialen Berichterstattung. Erst in dieser Woche antwortete mir die Bundesregierung auf meine parlamentarische Schriftliche Frage (9/218), dass die im schwarz-gelben Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserung für den Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsrecht nicht umgesetzt werden könne:

Bundesinnenminister de Maizière (CDU) konnte sich mit den Innenministern der Länder im Herbst 2009 nicht auf eine Regelung einigen. Seitdem ist dieses wichtige integrationspolitische Projekt auf die lange Bank geschoben.

Pikant: Damals war der heutige Hamburger Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) als Hamburger Innensenator bei der Innenministerkonferenz dabei. Im Rahmen des Kamingsgesprächs wurden sich die Innenminister bzw. Senatoren nicht einig.

Ich fordere von der Bundesregierung und den Innenministern der Länder, die Möglichkeit des Schulbesuchs von Jugendlichen ohne gesicherte aufenthaltsrechtliche Situation endlich zu verbessern und für Kinder, die ohne Papiere zu ihren Eltern mit legalem Aufenthaltsstatus kommen, eine humane Lösung zu schaffen.

Pressemitteilung